

Mit Rückgrat und Selbstbewusstsein: 200 demonstrierten in Weimar für Demokratie und Meinungsvielfalt

WEIMAR – Der Mantel der Geschichte wehte, als sich am Samstag 200 Bürger vor der historischen Kulisse des Deutschen Nationaltheaters auf dem Theaterplatz in Weimar zur Kundgebung „Tag der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie“ versammelten. Der Verein „Bürger für Deutschland“ hatte aufgerufen, sich genau um 15.15 Uhr zu treffen. Denn am gleichen Tag zur gleichen Stunde hatte 1919 der Sozialdemokrat Friedrich Ebert die Eröffnungsrede zur verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung gehalten. Und die schuf eine der fortschrittlichsten Verfassungen der damaligen Zeit überhaupt, in der festgeschrieben wurde, dass in diesem Land eine Demokratie entstehen soll.

Und so fand in Weimar erneut eine Veranstaltung statt, die im historischen Kontext den Willen vieler Bürger bekundete, unsere Demokratie und die Normen des Grundgesetzes als Grundlage unseres Zusammenlebens in Deutschland zu erhalten, ja zu verteidigen. Es dürfe nie wieder passieren, dass der bürgerlichen Mitte durch Extremisten von Links und Rechts der Boden unter den Füßen weggerissen wird.

Clarsen Ratz, Sprecher der „Bürger für Deutschland“, und Ivonne Nöhren und Steffen Teichmann von Verein „Bürger für Thüringen“, der zur nächsten Landtagswahl in Thüringen mit einer eigenen Partei antreten wird, appellierten in ihren Reden nicht nur an den Verstand, sondern auch an das Herz der Bürger auf dem Theaterplatz. Im Mittelpunkt dabei: die Corona-

Maßnahmen, mit denen Angst geschürt würden und die untaugliche Mittel seien und Selbstständige sowie kleine und mittlere Unternehmen in den Ruin trieben.

Ivonne Nöhren ging dabei besonders auf das Schicksal der Familien mit Kindern ein. Unter dem Applaus der 200 auf dem Platz versammelten Menschen rief sie: „Wir Deutschen müssen wieder lernen, mit aufrechtem Rückgrat, mit Selbstbewusstsein unser Land wieder in eine gute Richtung zu führen und für das, was wir wollen, auch einzustehen!“

Der bekannte Anwalt Ralf Ludwig, der für „Bürger für Deutschland“ sprach, überraschte die Teilnehmer mit einer satirischen Überspitzung des Narratives vom Gefährder, der durch seine bloße Anwesenheit, durch sein Reden und den zu geringen Abstand leichtfertig das Leben seiner Mitmenschen aufs Spiel setzt. Dies alles gemünzt auf den Ministerpräsidenten Bodo Ramelow, was allgemeine Heiterkeit auslöste. Ludwig rief dazu auf, den Regierenden keinen Vorwand für repressive Maßnahmen zu bieten. Nicht provozieren und absolut gewaltfrei bleiben – das war seine Botschaft.

Ricklef Münnich, ein Pfarrer im Ruhestand und ebenfalls aktiv bei „Bürger für Thüringen“, setzte sich in seinem Redebeitrag für die Meinungsfreiheit und den Respekt vor der Meinung Andersdenkender ein. In einer Demokratie sei es „unwürdig“, wenn Politiker Menschen ausgrenzten, die eine andere Meinung vertreten.

Und wie zum Beleg, dass die Veranstalter es ernst mit der Meinungsvielfalt und dem Dialog meinen, sprach als letzter Redner Karel Svoboda, der für die „Freie Linke“ sprach. Er forderte ebenfalls, die Corona-Maßnahmen unverzüglich zu beenden und zu einem normalen Leben zurückzukehren. Seine Ansicht, für die Zukunft auch den Sozialismus als „bessere Alternative“ zum Kapitalismus nicht aus den Augen zu verlieren, fand bei den Zuhörern erkennbar wenig Zustimmung, so dass sich der Platz zu leeren begann. Doch auch er hatte

zuvor immer wieder kräftigen Applaus bei seiner Rede bekommen.

Die Mitte der Gesellschaft zeigte in Weimar, was sie umtreibt in diesen Corona-Zeiten, nämlich die Sorge, in welche Richtung sich Deutschland entwickeln wird. Und diese Zukunft zu entwickeln, da wollen die Demonstranten von Weimar nicht einfach zuschauen, sondern sich aktiv einmischen.

“Bürger für Thüringen” wollen ein “bürgerliches Angebot entwerfen”

ERFURT – Die Art und Weise, wie im Vorfeld zwischen den Parteien in erster Linie über Mehrheits- und Machtbeschaffung und nicht mehr über Inhalte verhandelt wurde, führt bei den Thüringern zu einem weiteren Vertrauensverlust in die Politik und die Demokratie. Davon ist die Initiative “Bürger für Thüringen” überzeugt.

Bodo Ramelow als Kandidat der neo-sozialistischen Partei und SED-Nachfolgerin “Die Linke” fehlten im Thüringer Landtag zahlenmäßig die Mehrheiten. Durch Enthaltung habe das bürgerliche Lager mit 20 Stimmen die Wiederwahl Ramelows im dritten Wahlgang ermöglicht. Ein ergebnisorientiertes Arbeiten im Landtag sei damit nicht möglich.

Aus Sicht der “Bürger für Thüringen” wäre die erneute Wahl eines Ministerpräsidenten nicht notwendig gewesen, da bereits am 5. Februar 2020 demokratisch legitim ein Ministerpräsident der bürgerlichen Mitte gewählt wurde. Den Gepflogenheiten

unserer demokratischen Verfassung entgegen, wurde ihm diese Legitimität jedoch abgesprochen. Dabei wurde er nicht nur politisch unter Druck gesetzt, sondern war sogar Drohungen gegen das körperliche Wohl ausgesetzt.

“Thüringen hat am 5. März 2020 erneut verloren. Wir können unser Land nicht den linken oder rechten Populisten überlassen. Ebenso wenig können wir zusehen, wie die bürgerlichen Parteien dazwischen mit dem Fokus auf sich selbst in Inhaltslosigkeit verpuffen. Es liegt nun an uns, den Thüringern bis April 2021 ein bürgerliches Angebot zu entwerfen, das verloren gegangenes Vertrauen zurück bringt“, unterstreicht Clarsen Ratz, Sprecher der Initiative “Bürger für Thüringen”.

300 Thüringer demonstrieren gegen Kungelei um Ramelow

ERFURT – Gut 300 Thüringer haben gestern in der Innenstadt von Erfurt gegen die geplante Wiedereinsetzung des abgewählten Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Linke) mit Hilfe von CDU-Stimmen protestiert. Auch Abgeordnete verschiedener Parteien standen in der Menge, aber nicht als Redner, sondern als einfache Teilnehmer, um ihre tiefe Besorgnis über die Vorgänge in ihrem Land nach der spektakulären Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum Ausdruck zu bringen.

Unter Beifall rief Clarsen Ratz, Sprecher des Bündnisses “Bürger für Thüringen” und FDP-Mitglied: “Die FDP hätte zu ihrem gewählten Ministerpräsidenten Kemmerich stehen müssen.” Rutz beschwor seine Sorge, dass sich das demokratische System in diesen Tagen zu verändern drohe. Wörtlich: “Es sind die

kleinen Dinge, an denen man merkt, dass sich etwas verändert. Und weiter: "Unser Land darf nie wieder Sozialismus, Faschismus und Krieg erleben." Er sei stolz, dass seine FDP jetzt bei der Kungelei um Ramelow nicht dabei sei.

Stefan Sandmann, früheres Mitglied der SPD, 2014 aus Protest gegen Ramelows Wahl zum Ministerpräsidenten ausgetreten, rief in Erinnerung, dass der Linke-Politiker Ramelow einst die Bewertung der DDR als "Unrechtsstaat" nicht gelten lassen wollte. Die Linke sei eine drei Mal umbenannte SED. Und: "Rot-Rot-Grün hat in diesen vier Jahren Beschlüsse gegen das eigene Volk wie etwa die Gebietsreform durchgesetzt."

Marco Fischer, 15 Jahre lang engagiertes Mitglied der CDU, nutze seinen kurzen Auftritt am Schluss der Kundgebung, um öffentlich seinen Austritt zu erklären. Die Ankündigung, dass Anfang März mit CDU-Stimmen ein von den Wählern abgewählter Linke-Politiker wieder Ministerpräsident werden soll, habe das Faß überlaufen lassen...

"Bürger für Thüringen" rufen zur Demonstration am Samstag in Erfurt auf

ERFURT – *"Wenn die Bundeskanzlerin fordert, ein demokratisches Wahlergebnis rückgängig zu machen und die Landesvorsitzende der Linkspartei als Reaktion verlangt, dass bei einer weiteren Ministerpräsidentenwahl die Mehrheitsbeschaffer für das rot-rot-grüne Bündnis dokumentiert sein müssten, dann rüttelt das an den Grundpfeilern der demokratischen Vereinbarung."*

So heißt es im Aufruf zu einer Demonstration des Bündnisses "Bürger für Thüringen" am kommenden Samstag in Erfurt (14 Uhr, Anger). Wir sprachen mit Clarsen Ratz, einem der Sprecher dieser Initiative.

Herr Ratz, schon vor Jahren als Bodo Ramelow erstmals zum Ministerpräsidenten in Thüringen gewählt wurde, haben Sie zu einer Demonstration aufgerufen. Warum jetzt wieder?

Weil weder Kommunisten noch Faschisten jemals wieder Macht bekommen dürfen. Sie sind Kinder der selben Schlange, das eine Ei ist braun, das andere rot

Ramelow ist beliebt bei vielen Thüringern, Sozialismus und Stasi wurden nicht wieder eingeführt. Ist es im 30. Jahr der Deutschen Einheit nicht langsam an der Zeit, alte Feindbilder zu revidieren?

Nein die Feindbilder leiten sich aus der Historie ab. Es gibt keinen demokratischen Sozialismus und Beliebtheit ist nur eine Momentaufnahme. Die Berliner Linken zeigen doch, wo es hingehen soll.

Nach der Landtagswahl ist eine Regierungsbildung im Freistaat ohne entweder Linke oder AfD nicht möglich – was muss jetzt passieren, um wieder zu stabilen Verhältnissen zu kommen?

Ute Bergner und ich haben die Situation kommen sehen und daher auf eine Expertenregierung gedrungen. Sie ist auch jetzt der Weg aus der Krise.

Sie haben das Bündnis „Bürger für Thüringen“ begründet, was motiviert Sie persönlich, sich in den politischen Kampf zu stürzen?

Meine noch nicht lebenden Enkel sollen in einem freien, demokratischen und friedlichen Deutschland leben können. Gott schütze auf diesen Weg!

